

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

1.6.1932 (No. 125)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
 Karl-Friedrich-  
 Straße Nr. 14  
 Preisnehmer  
 Nr. 953  
 und 954  
 Postfach  
 Karlsruhe  
 Nr. 3515

Verantwortlich  
 für den  
 redaktionellen  
 Teil  
 und den  
 Staatsanzeiger:  
 Oberbaurat  
 E. A. M. u. B.  
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Die Zeitungen sind kostenfrei zu beziehen, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Bereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwingender Verteilung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — In Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Beschädigung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Eröffnung der 38. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft

Eine Ansprache des Staatspräsidenten

Die 38. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim wurde am Dienstagmittag in Anwesenheit einer großen Anzahl von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, des Badischen Landtags, des Stadtverordnetenkollegiums, der in- und ausländischen Presse, der sachlichen Berufsverbände usw. eröffnet.

Der Vizepräsident des Bundes Baden der DLG, Dr. Graf Douglas, eröffnete die Ausstellung mit einer Ansprache. Er wies auf die Bedeutung der Ausstellung hin, die als eine Reichsausstellung zu werten sei, auf der sich Wissenschaft, Technik und praktische Landwirtschaft in fruchtbarer Arbeit zum Wohle des deutschen Vaterlandes und ihres ersten Berufsstandes, der Landwirtschaft, zusammenfinden. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß die Landwirtschaft sich noch in der schwersten Zeit des Vaterlandes sich hier zusammengefunden habe, um zu zeigen, was die deutschen Landwirte wollen und können. Die deutsche Landwirtschaft wolle zum Fortschritt des Vaterlandes stets und ständig alle ihre Kräfte einbringen.

Dann sprach der

#### Staatspräsident Dr. Schmitt,

der zunächst die Grüße und Glückwünsche des Reichspräsidenten von Hindenburg übermittelte und dann ausführte:

Hochansehnliche Festversammlung!  
 Verehrte Damen und Herren!

Namens des badischen Staatsministeriums entbiete ich Ihnen allen aufrichtige Grüße des Landes Baden. Diese gelten zunächst den Vertretern außerdeutscher Länder, den Vertretern des Reiches und der innerdeutschen Länder. Die Regierung heißt Sie willkommen mit dem Wunsch, Sie möchten recht wertvolle Einblicke auf dieser Tagung empfangen und die Gemüthsruhe mitnehmen, daß das Grenzland Baden — zum großen Teil ein Bauernland — trotz aller Not bestrebt ist, in der deutschen Staats- und Volksgemeinschaft seine geschichtlich begründete Stellung zu erhalten und auch fernerhin in allen Fragen der nationalen Selbstbehauptung und Entwicklung vorbildlich zu wirken.

Ich grüße aber vor allem die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft als die Vertretung aller deutschen Landwirte und spreche ihr den Dank des Landes Baden dafür aus, daß sie die 38. Wanderausstellung hierher gebracht hat. Die badische Regierung ist erfreut darüber, daß unserer heimischen Landwirtschaft auf dieser Ausstellung Gelegenheit gegeben ist, ein lehrreiches Bild ihrer Zusammenfassung, ihrer Arbeit und ihrer Leistung zu geben, und sie hegt die Überzeugung, daß der badische Bauer durch seine Darbietungen in der Ausstellung sich die Achtung und Anerkennung seiner Berufsgenossen im ganzen Reich und über die Grenzen des Reiches hinaus erwirken wird.

Die vom Badischen Statistischen Landesamt herausgegebene Festschrift für die heutige Veranstaltung gibt Ihnen in gedrängter Kürze eine Darstellung der badischen Landwirtschaft — als einem Teil der allgemeinen Wirtschaft des Landes — und deren Bedeutung für das Staatsleben, für Volkstum und Familie. Die Regierung ist sich dieser Bedeutung voll bewußt, dieser Bedeutung der Landwirtschaft, welche sich nicht im wirtschaftlichen erschöpft, vielmehr überwiegt im nationalen Wesen des deutschen Landwirts besteht, welcher stets ein Würge der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Friedens, eine starke Stütze unserer Staatsverfassung, ein Hort unserer Reichseinheit, eine unerschöpfliche Quelle deutscher Volksgesundheit und deutscher Volks- und Wehrkraft, ein Vorbild deutscher Arbeitsamkeit und Unverdorbenheit und nicht zuletzt Träger unerschütterlichen Gottvertrauens war und ist. Die badische Regierung hat es deswegen von jeher für ihre vornehmste Pflicht erachtet, der Landwirtschaft und der ganzen landwirtschaftlichen Bevölkerung ihre Sorge zuzuwenden. Niemand mehr als die Regierung bedauert mit aufrichtiger Anteilnahme die schwere Lage, in welcher sich die gesamte deutsche und so auch die badische Landwirtschaft befindet, diese Lage, welche verursacht ist durch die politische und wirtschaftliche Weltkrise, durch Überproduktion, durch rückgängige Kaufkraft der Lohnempfänger und der Arbeitslosen, durch Abschaffung, durch Rückgang aller landwirtschaftlichen Einkünfte, durch Verschuldung, hohe Zinsen und starke Belastung.

Badens Landwirtschaft leidet aber noch durch eine besondere Ursache, dadurch nämlich, daß es durch den Verzicht von Versailles nunmehr Grenzland geworden, daß die neue Abgrenzung naturgegebenen wirtschaftlichen Zusammenhänge zerrissen und der badischen Wirtschaft und Landwirtschaft hergebrachte Absatzmöglichkeiten links des Rheins genommen hat. So sehr wir Hilfe wünschen, so sehr verlangen wir Weisheit und Südwelthilfe. Neuartige Grenzlandschäden sind vom ganzen deutschen Volke zu vertreten und nicht bloß von dem unmittelbar geschädigten Grenzland.

Um die Lage der Landwirtschaft zu bessern, hat die badische Regierung alle Maßnahmen, welche vom Reich im Interesse der Landwirtschaft getroffen wurden, nachdrücklich unterstützt und auch ihrerseits alles getan, was im Rahmen der Landesverwaltung geschehen konnte, um die wirtschaftliche Lage der

Landwirtschaft treibenden Bevölkerung zu erleichtern und zu bessern.

Die Landwirtschaft ist sich aber auch bewußt, daß sie nur ein Teil des Volksganges ist, daß sie für sich allein nicht aufwärts und vorwärts gebracht werden kann, daß ihr Wohl vielmehr eng verbunden ist mit dem Wohl des ganzen deutschen Volkes sowie der übrigen Völker, daß ihr Gedeihen auch abhängt von den mannigfachen Beziehungen und vom Einwirken zwischen Stadt und Land, von der Lage der übrigen Stände, des Handwerks, des Gewerbes, des Handels, der Industrie, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

Diesem Gemeinschaftsbedanken, dieser Idee von der notwendigen inneren Verbundenheit aller Stände, hat die badische Landwirtschaft wiederholt Ausdruck gegeben. Nur zwei Tatsachen möchte ich anführen:

Die badische Landwirtschaft hat sich seit Jahren zusammengeschlossen mit der übrigen badischen Wirtschaft in der Wirtschaftlichen Vereinigung der badischen Unternehmerverbände. Der Sinn dieses erfolgreichen Zusammenschlusses ist: Sich gegenseitig persönlich näher kennenlernen, Verständnis für die Lage und Notwendigkeiten der andern gewinnen, sich ihm gedanklich nähern und schließlich Ausgleich zwischen den Gegensätzen zu versuchen und dann auch zu bewerkstelligen.

Und noch in einer anderen Beziehung hat die badische und deutsche Landwirtschaft ihre Solidaritätsgesinnung mit dem gesamten deutschen Volk bekundet, nämlich in der Winternot-Hilfe zugunsten der Hungernden. Gerade dieses Liebeswerk der Landwirte wollen wir heute hervorheben. Denn es war nicht bloß Nächstenliebe, sondern gleichzeitig eine geradezu staatsverfassende Tat.

Möge der Landwirtschaft auch in diesem Jahre reichste Ernte gesichert und beschützt werden, damit wir auch im nächsten Winter wieder ebenso helfen können.

So ist es mein aufrichtigster Wunsch, daß die soeben eröffnete Wanderausstellung reiche Anregung und Förderung gebe auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Tätigkeit, und daß dadurch auch der Mut und das Selbstvertrauen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in ihre Kraft und ihr Können sich hebe, um alle Gefahren und Sorgen der Gegenwart zu bestehen und die Grundlage zu schaffen für eine bessere Zukunft.

Und so ruft die badische Regierung der deutschen Landwirtschaft an ihrem heutigen Ehrentage zu:

Durch Arbeit und Zusammenarbeit,  
 durch Planmäßigkeit und Strebsamkeit,  
 durch Gottvertrauen und Selbstvertrauen  
 vorwärts und aufwärts  
 zur Freiheit!

Der 1. Vizepräsident des in seiner Gesamtheit ersammelten Badischen Landtags, Abg. Reinhold,

überbrachte die Grüße der badischen Volkswirtschaft. Wenn durch die Ausstellung der städtische Verbraucher und der bäuerliche Erzeuger einander näher gebracht werden, dann sei das außerordentlich wertvoll für das Volksganze. Bei allem Verständnis für die Not der Landwirtschaft in Nord und Ost habe man in Baden doch immer das Empfinden, daß man die Not der süddeutschen Landwirtschaft, insbesondere des Grenzlandes Baden, nicht in ihrer ganzen Tiefe erfasse. Nicht nur Badens Industrie seien schwer betroffen, sondern auch seine bäuerlichen Absatzgebiete, Verluste, die durch die Landesgesetzgebung nicht allein ausgeglichen werden könnten. Gleich offen sei für Baden auch die Frage des Siebelungswesens. Abg. Reinhold hat um Unterstützung der badischen Landwirtschaft durch die berufenen Organe.

Der Mannheimer Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Heimerich entbot die Grüße der Gaststadt. Es wäre falsch, wenn der Städter aus den Spitzenleistungen und der großen Stimmung der Gäste entnehme, es ginge dem Landwirt gut. Es wäre nicht minder falsch, wenn der Landwirt sich täuschen ließe durch den äußeren Eindruck der Stadt. Mehr als 70 000 Menschen, über ein Viertel der Bevölkerung Mannheims, sind auf die Fürsorge und sonstigen öffentlichen Hilfsstellen angewiesen. Unter dem Gesichtspunkt gemeinsamer Not und gemeinsamer Sorge in Stadt und Land gewinnt die diesjährige DLG-Ausstellung erhöhte Bedeutung. Mit Beschleunigung müssen Wege gegangen werden, die die Spannungen zwischen Stadt und Land aufheben und die Lage erleichtern. Auch wer alle Autarkieträume ablehnt, sehe heute ein, daß die Bestrebungen, den heimischen Boden nach Kräften zu nutzen, die Landwirtschaft selbst durch Rationalisierung ihrer Produktion und ihres Absatzes in ihrer Leistungsfähigkeit zu steigern, für Stadt und Land von allergrößter Bedeutung sein.

Rittergutsbesitzer, Generallandschaftsrepräsentant Dr. h. c. von Weßky richtete als Vertreter der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft bewegte Worte herzlichen Dankes an die Stadt Mannheim für die Zurverfügungstellung des einzigartigen Ausstellungsgeländes.

Schon am ersten Tage erfreute sich die Ausstellung eines außerordentlich starken Besuches aus allen Teilen des Reiches.

### \* Das neue Reichskabinett

Reichspräsident von Hindenburg hat sich mit der Schnelligkeit, mit welcher er die Bildung eines neuen Kabinetts in die Wege leitete, den Dank aller Volksgenossen erworben, denen in diesen kritischen Stunden vor allem das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt. Auf langwierige Verhandlungen mit den Parteien über die personellen Fragen der Kabinettsbildung, hat der Reichspräsident von vornherein verzichtet. Was ihm als Ziel vorschwebte, war ein „überparteiliches Kabinett“. Und als solches wird auch das neue Reichskabinett von Papen zu bezeichnen sein, zumal der Reichspräsident selbst in den Unterredungen mit den Parteiführern diese Bezeichnung gewählt hat.

Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß schon vorher, d. h. zum mindesten in den letzten Tagen und Wochen ganz bestimmte, private Besprechungen stattgefunden haben, um für den Fall, daß das Kabinett Brüning durch eine Abstimmung im Reichstag zum Rücktritt gezwungen werden sollte, die neuen Männer gleich zur Hand zu haben. Es ist selbstverständlich, daß man nur dann mit dieser Schnelligkeit ein Kabinett bilden kann, wenn schon vorher eine ganz bestimmte Fühlungnahme mit den betreffenden Persönlichkeiten stattgefunden hat, und wenn schon ganz bestimmte Zusagen und Erklärungen dieser Persönlichkeiten vorlagen.

Bekanntlich ist die letzte Reichstagsitzung so verlaufen, daß man vorsichtigerweise auf eine Kabinettskrise gefaßt sein mußte. Die Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen die Minister Schiele und Schlangbeil hätte sicherlich eine Mehrheit gegen die Minister ergeben. Und dann hätte sich die Notwendigkeit einer allgemeinen Umwandlung des Kabinetts nicht mehr umgehen lassen. Durch die Vertagung des Reichstags ist diese Abstimmung vermieden worden. Jedenfalls wurde von der kommenden Umwandlung des Kabinetts Brüning ja schon seit längerer Zeit gesprochen. Allerdings bestand damals immer noch die Hoffnung, daß es Brüning selbst sein würde, der als Kanzler die Neubesetzung der einzelnen Posten maßgebend beeinflussen und das neue Kabinett leiten würde.

Diese Hoffnung hat getrogen. Wir stehen heute vor der Tatsache eines Kurswechsels, und zwar eines Kurswechsels, der in sachlicher und personeller Beziehung so einschneidender Natur ist, daß Dr. Brüning ihn nicht mehr verantworten konnte.

Unter allen Umständen wird man jedoch die Tatsache, daß das neue Kabinett so rasch zustande kommt, mit Genugtuung zu begrüßen haben. Denn in diesen Zeitläuften kann sich zumal Deutschland den Luxus einer länger dauernden Kabinettskrise nicht leisten.

Viel schwieriger ist die Frage zu beantworten, wie man die Aussichten des neuen Kabinetts zu beurteilen hat. Zunächst muß es auffallen, daß das überparteiliche Kabinett von Papen nicht eine einzige Persönlichkeit aus den Kreisen des Nationalsozialismus aufweist. Damit charakterisiert es sich ganz von selbst als ein Übergangskabinett. Und man muß heute schon die Selbstlosigkeit und Entfugungskraft dieser Männer bewundern, die heute in schicksalsschwerer Stunde ein Ministeramt übernehmen, und doch wissen, daß sie in Kürze dieses ihr Amt wieder zur Verfügung stellen müssen. Oder wird die Öffentlichkeit demnächst durch die Mitteilung überrascht werden, daß das eine oder andere Mitglied des neuen Kabinetts Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ist? Aber auch, wenn dies der Fall sein sollte, würde die Nationalsozialistische Partei im gegebenen Augenblick doch sicherlich darauf drängen, daß ein völlig neues Kabinett mit maßgebender Beteiligung ihrer eigenen Leute gebildet wird.

Und parlamentarisch liegen die Dinge ja so, daß die Nationalsozialisten das neue Kabinett, das von vornherein mit der Gegnerschaft der Sozialdemokratie zu rechnen hat, ohne weiteres stützen könnten. Das überparteiliche Kabinett von Papen vermag sich überhaupt nur zu halten, wenn es von den sämtlichen bürgerlichen Parteien und den Nationalsozialisten toleriert wird. Schon dann, wenn die beiden marxistischen Parteien, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Staatspartei zusammen gegen das Kabinett stimmen würden, würden sie es zum Rücktritt zwingen können.

Was nun die Haltung des Zentrums anlangt, so wird sie heute in einem Leitartikel des „Badischen Beobachters“ in einer staatspolitisch klugen Weise umschrieben,

und zwar mit folgenden Sätzen: „Wir glauben gerade im Sinne Brüning's, des besten Kanzlers, den wir im neuen Reich hatten, zu handeln, wenn wir vor aller Erbitterungspolitik warnen. Bei der heutigen Lage im Reich braucht man alle Kräfte, die arbeits- und verantwortungsbereit sind. Allerdings Zurückhaltung kann dem Zentrum niemand verargen nach den Erfahrungen, die es auch hier wieder einmal machen mußte. Jedenfalls heißt es heute: Das ganze Deutschland soll es sein! Und nur Rücksicht auf das Ganze, nicht auf bestimmte Teile oder wirtschaftliche Sondergruppen darf den deutschen Staatsmann bestimmen; denn sonst kommt das Ganze in Gefahr. In diesem Sinne vertrauen wir auf den Reichspräsidenten und seine Klugheit.“ In Übereinstimmung mit einer solchen Auffassung wird die Zentrumspartei zwar in der kommenden Regierung nicht vertreten sein, aber zu der sachlichen Arbeit des neuen Kabinetts jeweils sachlich Stellung nehmen und unter diesem Gesichtswinkel ihre Entscheidung treffen.

Herr v. Papen ist bekanntlich Mitglied der Zentrumspartei und preußischer Landtagsabgeordneter. Er steht auf dem äußersten rechten Flügel seiner Partei. Als Vertrauensmann der Zentrumspartei hat er jedenfalls nicht zu gelten. Und die Frage ist bereits aufgeworfen worden, ob er nicht nach dem Beispiel Goerdeler's auf die Mitgliedschaft in der Zentrumspartei verzichtet wird, solange er das neue Kabinett leitet.

Die Hoffnung, daß das neue Kabinett für eine gewisse Zeit toleriert werden könnte, wird in Berlin als nicht unbegründet bezeichnet. Zumal auch die Nationalsozialisten, denen anscheinend die Erfüllung eines gewissen Mindestprogramms versprochen wurde, zur Tolerierung bereit sein sollen. Als Hauptpunkte dieses Mindestprogramms werden genannt: sofortige Zurücknahme der Räteregierung, die die Auflösung der SA. verweigert, nachdem der Oberreichsanwalt in Leipzig das Landesvertragsverfahren gegen die Partei offiziell eingestellt hat, und Reichstagsneuwahlen zu Beginn des Herbstes. Im übrigen ist ja wohl die ganze Bildung des Kabinetts schon im Hinblick auf die Wünsche der Nationalsozialisten erfolgt. Andererseits wird von Berlin aus aufs entschiedenste betont, daß der Reichspräsident durch die Vertrauensstellung des Herrn von Papen mit dem Kanzleramt gerade die Absicht verfolgt habe, auf diese Weise Brücken zum Zentrum zu schlagen, die fest genug sind, um mit der Zeit dem Zentrum die Annäherung an das neue Kabinett zu ermöglichen.

Der Ältestenrat des Reichstags hat gestern den Präsidenten Löbe ermächtigt, den Reichstag einzuberufen, sobald der neue Reichskanzler bereit ist, eine Regierungserklärung abzugeben.

### Die Stellung des Reichsbankpräsidenten

Zu Gerüchten, daß bei einer Neubildung der Regierung auch mit einem Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Luther gerechnet werde, wird mitgeteilt, daß Dr. Luther nicht daran denke, sein Amt niederzulegen. Er könne zu einer Niederlegung seines Amtes gemäß den Bestimmungen des Bankgesetzes auch in keiner Weise gezwungen werden. Seine Amtsperiode läuft noch bis zum Januar 1934.

Die Unabhängigkeit der Reichsbank von der Regierung ist im Bankgesetz festgelegt. Auch eine neue Regierung hätte daher keine Möglichkeit, der Reichsbank eine bestimmte Währungs- und Kreditpolitik vorzuschreiben. Abgesehen davon muß jeder Änderungsvorschlag des Reichsbankgesetzes auch dem Verwaltungsrat der RBB vorgelegt werden, der sie mit der Begründung, daß sie mit dem Youngplan unvereinbar sei, ablehnen oder einem Schiedsgericht vorlegen kann, das endgültig entscheidet. Auch eine Abkehr von der Goldparität wäre ohne Änderung des Reichsbankgesetzes nicht möglich. Eine Absetzung des Reichsbankpräsidenten kann sich nach dem Bankgesetz nur in der gleichen Weise vollziehen wie seine Wahl, d. h. sie bedarf einer Mehrheit von 7 Stimmen im Generalrat und einer Bestätigung durch den Reichspräsidenten. Aber auch eine neue Reichsbankleitung würde an das Bankgesetz gebunden sein.

In den Dienstagbörsen führte eine plötzlich aufgekaupte Inflationsfurcht zu einer Aktienkauffe und zu einem starken Angebot auf dem Markt der festverzinslichen Papiere. Dabei mag auf dem Rentenmarkt auch die Befürchtung mitgespielt haben, daß eine stärker rechtsorientierte Regierung den Wünschen der Landwirtschaft und sonstiger Kreise auf eine weitere Zinsabwertung oder Selbstschuldabwertung weniger Widerstand entgegenzusetzen würde als die Regierung Brüning.

### Ausbreitungen in Berlin

Beim Aufmarsch der Marinewache in Berlin anlässlich der Stageratgeburtstagsfeier, der auf dem ganzen Wege von großen Menschenmengen begleitet war, kam es am Dienstag an verschiedenen Stellen zu Ausschreitungen, gegen die die Polizei wiederholt mit dem Gummiknüppel einschreiten mußte.

Vor dem Palais des Reichspräsidenten verführten Nationalsozialisten eine Kundgebung für Hitler zu veranstalten. Zu einer besonders starken Ansammlung kam es vor dem Gebäude des Ministeriums des Innern unter den Linden, wo sich etwa 1500 Personen angesammelt hatten, die wiederholt Schreie auf Hitler ausbrachten. Bei dieser Gelegenheit verfuhr Dr. Gochbels, der sich unter den Demonstranten befand, von seinem Kraftwagen aus eine Ansprache zu halten. Auch hier mußte die Polizei mit dem Gummiknüppel vorgehen. In der Bendlerstraße wurde die Polizei mit Steinen beworfen und drei Beamte verletzt. In ihrer Bedrängnis gaben die Beamten mehrere Schüsse ab. Drei Personen wurden verletzt.

Der neugewählte Bayerische Landtag trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum 1. Präsidenten wurde wiederum Abg. Stang (Bayr. Vp.) mit 120 gegen 7 kommunistische Stimmen gewählt. 1. Vizepräsident wurde der Nationalsozialist, Bürgermeister der Stadt Koburg, Abg. Schewe mit 93 Stimmen bei 28 weißen Jetteln der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten. Als 2. Vizepräsident wurde Abg. Auer (Soz.) mit 72 Stimmen bei 42 weißen Jetteln der Nationalsozialisten, wiederum gegen die kommunistischen Stimmen, gewählt.

## Regierung der „Nationalen Konzentration“

### Herr von Papen beauftragt

Der Reichspräsident hat am Dienstagabend dem Zentrumsgesandten von Papen den Auftrag zur Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration gegeben. Herr von Papen hat diesen Auftrag angenommen.

Franz von Papen, der im Jahre 1931 im Wahlkreis Westfalen-Nord in den Preussischen Landtag gewählt wurde, gehört dem rechten Flügel des Zentrums an. Er wurde 1879 in Westfalen geboren und hatte ursprünglich die Offizierslaufbahn eingeschlagen. Während des Krieges war er Militärattaché bei der deutschen Botschaft in Washington. Nach seiner Abberufung von diesem Posten wurde er Oberstleutnant und Generalstabschef der 4. türkischen Armee. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der „Germania“ und außerdem Vorstand zahlreicher landwirtschaftlicher Berufsorganisationen sowie Mitglied des Deutsch-Französischen Studienkomitees.

### Die neuen Männer

Als Persönlichkeiten, die in erster Linie für das neue Kabinett in Frage kommen, nennt man Freiherrn von Gahl oder v. d. Osten (Innes), Vizepräsident v. Neurath (Aukers), General von Schleier (Reichswehr), Prof. Warmbold (Wirtschaft), Dr. Goerdeler (Arbeit), Frhr. v. Lönning (Ernährung), Justizminister Joel und Reichspostminister Schäkel sollen auch dem neuen Kabinett angehören. Das Finanzministerium soll Geh. Rat Schmitz von der F. G. Farbenindustrie oder Graf Schwerin von Krosigk, dem Leiter der Staatsabteilung im Reichsfinanzministerium angeboten werden.

Frhr. von Gahl entstammt einer alten preussischen Offiziersfamilie. Bis zum Jahre 1909 hatte er die Leitung der Ostpreussischen Landgesellschaft, während des Krieges war er u. a. bei der Verwaltung beim Oberbefehlshaber Ost und später Landeshauptmann von Nordlitauen. Seit 1921 ist er Mitglied des Preussischen Staatsrats. — General v. Schleier, der im 50. Lebensjahr steht, ist seit 1. April 1929 Chef des Ministeriums im Reichswehrministerium. — Frhr. v. Neurath, der für den Posten als Außenminister vorgesehen ist, war bei Kriegsausbruch Vizepräsident in Konstantinopel, war als Vizepräsident nach dem Kriege in Kopenhagen und Rom und ist zur Zeit Vizepräsident in London. — Der für das Ernährungsministerium vorgesehene Frhr. v. Lönning stand zunächst im Dienst des Rheinischen Bauernvereins. 1925 wurde er Präsident der Rheinischen Landwirtschaftskammer und im Jahre 1931 Präsident des Verbandes Rheinischer landwirtschaftlicher Genossenschaften. — Graf Schwerin von Krosigk, dem das Finanzministerium angetragen werden soll, ist Leiter der Staatsabteilung im Reichsfinanzministerium und trat besonders bei den Verhandlungen der Sachverständigen in Basel im Dezember 1931 hervor. — Auch Geh. Rat Schmitz, der Finanzdirektor der F. G. Farbenindustrie gehörte bereits als Dreißigjähriger einer Anzahl Verwaltungsräten ausländischer Gesellschaften an.

### Papen bei Brüning

BBJ. Berlin, 1. Juni. (Tel.) Herr von Papen hatte am Mittwochvormittag eine Besprechung mit Dr. Brüning. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß er Herrn Dr. Brüning die Übernahme des Postens des Außenministers anbieten will.

Der geschäftsführende Vorstand der Zentrumsfraktion hielt gleichzeitig im Reichstag eine Sitzung ab. Die Fraktionsführung des Zentrums begann mittags um 12 Uhr. Die sozialdemokratische Fraktion hielt gleichzeitig eine Fraktionsitzung ab.

### Die Haltung des Zentrums

BBJ. Berlin, 1. Juni. (Tel.) Das in Bildung begriffene Kabinett von Papen nennt die „Germania“ eine „Zwischenlösung“, zu der das Zentrum von Fall zu Fall Stellung nehmen wird. — Die „Völkische Volkszeitung“ jedoch spricht von einer Verlegenheitslösung. In der Zentrumswahlerschaft werde man kein Verständnis dafür aufbringen, daß sich ein Parteiangehöriger (Herr v. Papen) bereit findet, das Erbe Brüning's anzutreten. Was jetzt unternommen wurde, sei nichts Halbes und nichts Ganzes. Das Zentrum lehne die verantwortliche Zeichnung für dieses Unternehmen ab.

### Die Haltung der Nationalsozialisten

BBJ. München, 1. Juni. (Priv.-Tel.) Im „Völkischen Beobachter“ beschäftigt sich Alfred Rosenberger in einem Artikel unter der Überschrift „Die Gehe gegen Hindenburg beginnt“ mit dem Rücktritt des Kabinetts Brüning und schreibt u. a.: „Aun hat in allen diesen Jahren Hindenburg einmal dem Kanzler nicht zugestimmt, der während des Wahlkampfes amtlich hatte dementieren lassen, daß neue Notverordnungen kommen würden. Und sofort sehen wir, daß schon am ersten Tage nach dem notwendig gewordenen Rücktritt Brüning's die Systempresse in eindeutiger Weise gegen Hindenburg Stellung nimmt. Wir knüpfen die Hoffnung daran: Daß der Reichspräsident nunmehr entschlossen mit der erwachenden deutschen Nation geht und mit Adolf Hitler jenes Bündnis schließt, das notwendig ist zur Rettung des deutschen Volkes.“

Zur Beauftragung des Herrn von Papen mit der Regierungsbildung und der gestern genannten Ministerliste schreibt der „Völkische Beobachter“:

„Es ist selbstverständlich, daß dieses Kabinett nur als Übergangslösung zu betrachten ist. Die Hauptaufgabe der neuen Regierung wird sein, den Reichstag aufzulösen, um durch Neuwahlen klarere Machtverhältnisse zu schaffen. Die Verwirklichung dieser nationalsozialistischen Forderungen wird zweifellos auch von den jetzt an der Regierungsbildung beteiligten Kreisen eingesehen, ebenso die Notwendigkeit der schnellsten Aufhebung des SA.-Verbotes.“

Der Ältestenrat des Reichstages lehnte am Dienstag die Anträge der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschen nationalen ab, die die Reichstagsberufung für den 6. Juni verlangt hatten. Der Präsident wurde ermächtigt, den Reichstag einzuberufen, sobald der neue Reichskanzler bereit sei, eine Regierungserklärung abzugeben.

Der Reichsrat hält seine nächste Vollversammlung am Donnerstag nachmittag ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. eine Änderung der Ausfuhrungsverordnung zu dem Gesetz über Schutz- und Munition und ein Gesetzentwurf über die Befreiung der Kleinfamilien. An neuen Vorlagen sind eingegangen: Verordnungsentwürfe über Handelsklassen für Weizen, Roggen, Futtergerste und Hafer und über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer von Umsatzsteuervergünstigungen für Ostpreußen.

## Reichsbankkredit soll verlängert werden

### Die Verhandlungen mit Frankreich

BBJ. Berlin, 1. Juni. (Priv.-Tel.) Die heutige „B.Z.“ will wissen, daß man in hiesigen Bankkreisen den Stand der Verhandlungen zwischen Reichsbank und der Bank von Frankreich über Verlängerung des von den internationalen Notenbanken gewährten 90-Millionen-Dollar-Kredits nicht ungünstig beurteilt.

Das Blatt schreibt: Es scheint, als ob die Bank von Frankreich die Vorschläge der Reichsbank durch ihren morgen tagenden Regentensrat annehmen wird. Diese gehen dahin, daß der Kredit um drei Monate, bis zum 4. September, unter der Bedingung einer Rückzahlung verlängert wird, die der jeweiligen Devisenlage der Reichsbank entspricht. Nur wenn die Reichsbank größere Devisenüberschüsse zu verzeichnen hat, soll eine weitere Abdeckung des Kredits erfolgen. Damit werden die Forderungen der Franzosen auf Rückzahlung prinzipiell erfüllt, ohne daß die geschwächten Devisenbestände der Reichsbank weiter angegriffen werden. Auch über die Frage einer Ermäßigung des Zinsfußes für den Kredit glaubt man zu einer der deutschen Wünschen gerecht werdenden Einigung zu kommen.

## Die französische Regierungs- bildung

### Sozialisten und Radikale

BBJ. Paris, 1. Juni. (Tel.) Der sozialistische Parteitag wird heute zu den Erklärungen Herrists und der Entscheidung des Vollzugsausschusses der radikalen Partei Stellung nehmen müssen und zu erklären haben, ob durch die Antwort der Radikalen jede weitere Verhandlung unmöglich gemacht worden ist oder ob die Sozialistische Partei noch einen letzten Versuch machen will, durch Verhandlungen über ein Mindestprogramm eine Regierungsbeteiligung zu ermöglichen.

Der sozialistische Parteitag hatte eine von dem Parteiführer Léon Blum abgefasste Entschließung angenommen, welche u. a. fordert: Herabsetzung des Rüstungsbudgets, Kontrolle und Nationalisierung der Waffenherstellung und der Unterbindung des privaten Waffenhandels, eine staatliche Kontrolle der Banken, Verstaatlichung des Versicherungswesens und der Eisenbahnen, 10stündige Arbeitswoche, politische Amnestie und Aufrechterhaltung des Lohn- und Gehaltsniveaus sowie der sozialen und kulturellen Ausgaben.

Herrists erklärte im Exekutivauschuss der Radikalen Partei: Es falle den Radikalen nicht leicht, sich zu verpflichten, die Militärausgaben soweit einzuschränken, wie es die nationale Sicherheit gestattet. Eine Verstaatlichung der Versicherungsgesellschaften sei angesichts des Umstandes, daß das Schatzamt kein Geld habe, die Aktien aufzukaufen, unmöglich. Auch an den Anlauf der Eisenbahnen, zwecks Verstaatlichung, wäre bei dem Defizit der Bahngesellschaften in Höhe von 4 Milliarden ungewinnlich. Die Radikalen seien für gleichzeitige kontrollierte Abrüstung, allerdings unter dem absoluten Vorbehalt, daß diese Abrüstungsmaßnahmen nicht die Sicherheit Frankreichs gefährden, allerdings die beherrschende Frage sei gegenwärtig die politische Entspannung und die Verständigung mit dem Ausland. Die Radikalen seien bereit, mit der Sozialistischen Partei zusammenzuarbeiten. Die Sozialisten mögen darin den Beweis erbringen, daß es die Radikalen gut meinen und daß sie eine loyale Aussprache wünschen.

## Finanzmaßnahmen in Amerika

BBJ. Washington, 1. Juni. (Tel.) Der amerikanische Senat stimmte einer einprozentigen Betriebsstoffsteuer zu, deren Ertrag auf 150 Millionen Dollars geschätzt wird. Man hofft, durch diese Steuer den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Ferner nahm der Senat einen Gesetzentwurf über die Einführung einer Umsatzsteuer an.

Das neue Steuerprogramm wurde mit 72 gegen 11 Stimmen angenommen. Es soll einen Betrag von 1000 Millionen Dollar bringen. Die Unterzeichnung des Präsidenten wird vermutlich Ende dieser oder Anfang nächster Woche gegeben werden.

Darauf hat der Senat eine Resolution gefaßt, die eine Herabsetzung der Beamtengehälter um 10 Prozent vorsieht, und zwar ohne Ausnahme. Damit ist der Hauptschritt zur Ausführung des Sparprogramms gegeben, dem eine Reduktion der Regierungsausgaben um 288 Millionen Dollar folgen soll, d. h. um denselben Betrag, den die verschiedenen Kriegsschuldenzahlungen ausmachen würden.

## Wied die BZZ nach London verlegt?

BBJ. London, 1. Juni. (Tel.) „Financial News“ will gehört haben, es bestehe, wenn auch nicht in unmittelbarer Zukunft, die Möglichkeit, daß die BZZ nach London verlegt werden wird. Das Blatt sagt, Paris habe die Hoffnung aufgegeben, London als Finanzzentrum ersetzen zu können, und der Einfluß der Bank von England auf die BZZ habe neuerdings erheblich zugenommen.

## Kleine Chronik

Die Fortführung der Anklage im Sklare-Prozess hat jetzt erhebliche Fortschritte gezeigt, so daß heute, Mittwoch, bereits von Staatsanwaltschaftsrat Jäger das Wort zum Stadtkomplex genommen wurde und man für Freitagvormittag mit den Strafanträgen rechnen kann.

Bei Ausschreitungen kommunistischer Elemente und bei der Blünderung einer Konsumant der Vereinigten Stahlwerke in Hamborn wurde ein Mann von der Polizei so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Drei Personen wurden festgenommen.

Aus dem Sprengstofflager der Dolomit u. G. in Hagen (Westfalen) wurden 20 Pfund Chloräthyl und 50 Sprengstoffkapseln gestohlen.

In Wuppertal gab es Dienstagabend wieder schwere Zusammenstöße. Auf die Polizeibeamten wurden 8 Schüsse abgefeuert. Die Polizisten erwiderten das Feuer auf die Demonstranten, wobei einer von diesen einen Antichemikalschuß erhielt.

Durch die anhaltenden Niederschläge herrscht im Bayerischen Wald und im Fichtelgebirge Hochwasser.

Ein Explosionsunfall in einer chemischen Fabrik in Marzelle hat sieben Todesopfer und einen Verletzten gefordert.

50 Jahre Gotthardtunnel. In Anwesenheit deutscher und italienischer Regierungvertreter wurde in Lugano der 50. Jahrestag der Eröffnung des Gotthardtunnels gefeiert.

## Badischer Teil

### Die außerplanmäßigen Ausgaben der Badischen Regierung

Das badische Staatsministerium hat dem Landtag ein **Bericht** über die in der Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1932 bewilligten außerplanmäßigen Ausgaben zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt.

Verwendet wurden 37 000 RM aus zeitlichen Grenzfondsmitteln für verschiedene caritative Anstalten, und zwar erhielt das Mutterhaus Griesbach 15 000 RM, das Diakonissenhaus Freiburg 10 000 RM, das Kinderkrankenhaus Karlsruhe 4 000 RM, und die St. Josefsanstalt Dertzen 3 000 RM. Ferner wurden dem Badischen Verkehrsverband 5 000 RM zugewiesen. Für die D. G. Ausstellung in Mannheim wurden 82 000 RM bewilligt. Im Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts wurden ebenfalls aus Grenzfondsmitteln 3 000 RM, dem Landesverein für Naturliebe und Naturschutz in Freiburg für die Herausgabe eines naturwissenschaftlichen Werkes gegeben. Schließlich wurden aus demselben Fonds 55 000 RM für Verbesserung des Unterlaufs der Rensch, 20 000 RM zur Verbesserung der Feldbergstraße, 10 000 RM für den Ausbau des Hallenwegs zwischen Schutter- und Eltal, 24 000 RM zum Ausbau der Straße Oppenau-Allerheiligen-Nußstein, 10 000 RM für Kanalführung der Gemeinde Oppenau und 15 000 RM zum Bahnbau Bad Peterstal-Griesbach ausgegeben.

### Einstellung in das Reichsheer und die Reichsmarine

Über die Einstellung zum 12jährigen Dienst in der Wehrmacht herrschen vielfach unzutreffende Ansichten, die zu unnotigen Schriftverkehr und zu Enttäuschungen führen.

Sowohl das Reichsheer, wie die Reichsmarine, stellen alljährlich Anfang April und Anfang Oktober den Ersatz für die im Laufe des Halbjahres ausgeschiedenen Soldaten ein. Meldungen von Bewerbern haben zweckmäßig mehrere Monate vor diesen Einstellungszeiten zu erfolgen:

für das Heer: bei den Bataillonen und Abteilungen, oder bei den Kompanien, Eskadronen und Batterien der einzelnen Waffengattungen.

für die Reichsmarine: nur bei der Schiffstammdivision der Küste oder der Schiffstammdivision der Nordsee.

Meldungen bei höheren Dienststellen sind zwecklos, da die Truppenteile in der Annahme von Freiwilligen selbständig sind und allein übersehen können, ob Stellen frei sind.

Den Meldungen ist zweckmäßig ein ausführlicher Lebenslauf mit Lichtbild beizufügen. Die sonst noch erforderlichen Ausweispapiere werden von den Truppenteilen bei den Bewerbern angefordert.

Zur Einstellung gelangen in erster Linie 18-20jährige.

Die Einstellung geschieht nach ärztlicher Untersuchung und eingehender Prüfung der Bewerber. Bei dem außergewöhnlichen Angebot, das den Bedarf um das 50- bis 100fache übersteigt, ist es leider unvermeidbar, daß zahlreiche Bewerber ohne vorherige Prüfung abgewiesen und auch solche Bewerber abgelehnt werden müssen, die an sich voll diensttauglich sind.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Die neuen Sommerurlaubsarten auf der Reichsbahn

Wie bereits bekannt, gibt die Reichsbahn in diesem Jahre sogenannte Sommerurlaubsarten mit 20prozentiger Ermäßigung aus. Zur Behebung von Zweifeln sei auf die näheren Bestimmungen nochmals hingewiesen:

Sommerurlaubsarten werden für die 2. und 3. Wagenklasse an jedermann und ohne besonderen Nachweis für Erholungs- und Urlaubsreisen, die in die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober fallen, ausgeben. Die Geltungsdauer dieser Karten beträgt 2 Monate. Um einen Währungsersatz für andere Zwecke als Erholungsreisen vorzusehen, muß die Einreise am ersten Geltungstage angetreten werden, während die Rückreise frühestens am 11. Geltungstage erfolgen darf. Nach dem 5. Oktober werden also Sommerurlaubsarten nicht mehr auszugeben, da dann die Rückreisefrist nicht mehr eingehalten werden könnte. Fahrtunterbrechung ist auf der Einfahrt nicht, auf der Rückfahrt dreimal gestattet. Sommerurlaubsarten werden für

alle Verkehrsverbindungen der Reichsbahn aufgelegt, für die auch gewöhnliche Fahrkarten vorliegen. Dabei ist die Mindestentfernungsgrenze auf 200 Kilometer festgelegt. Bei Benutzung von Schnell- und Eilzügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen, der übrigens ab 1. Juni um 50 Proz. ermäßigt ist. Die Sommerurlaubsarten sind nicht übertragbar und müssen vom Inhaber unterschrieben werden. Gedacht ist diese Reisevergünstigung für Reisen in Deutschland und es kann wohl die sichere Erwartung ausgesprochen werden, daß der Besuch deutscher Erholungsstätten dadurch stark gehoben wird.

Um an Tagen starken Verkehrsandrangs Schwierigkeiten in der Abfertigung zu vermeiden, sollen Sommerurlaubsarten möglichst 5 Tage vor dem ersten Geltungstage bei den Fahrkartenschaltern der Bahnhöfe oder bei den Mitteleuropäischen Reisebüros (M. E. R.) bestellt werden.

**Drei große Schaufenster zertrümmert.** Ein 38 Jahre alter Arbeiter von hier, schlug am Dienstagmorgen in einem Anfall von Zerstörungswut, drei große Schaufenster des Warenhauses Dietz, auf der Front der Kaiserstraße, mit einem Spazierstock ein. Ein zufällig mit der Straßenbahn vorbeifahrender Polizeibeamter nahm den offenbar unter dem Einfluß des Alkohols stehenden Täter fest, der, soweit bis jetzt festgestellt, nicht aus politischen Motiven gehandelt hat. Der Vorfall löste sofort eine große Menge Schaufenster an, die den Fall lebhaft besprachen. Es war, wie im Polizeibericht ausgeführt wird, darum nicht zu bemerken, daß alsbald in der ganzen Stadt falsche Gerüchte umliefen.

**Verstoß gegen das Uniformverbot.** Der Polizeibericht meldet: In Durlach wurden gestern zwei auf Wanderschaft befindliche Nationalsozialisten aus Hamburg festgenommen, weil sie durch ihre Aufmachung gegen das Uniformverbot verstoßen und außerdem wider das Gesetz gegen den Waffennußbrauch auf ihren Fahrrädern schwere Eisenknäpfe als Waffen mit sich führten. Sie werden dem Schnellrichter vorgeführt.

**Weiterbericht der Badischen Landesweitere, Karlsruhe, vom Mittwochmorgen:** Wir befinden uns noch immer in der Rinne tiefen Drucks, die von der Viscaya quer durch Europa ziehend bis zum Ural sich erstreckt. Durch Verflachung der einzelnen Depressionskerne sind die Druckgegensätze auf dem Festland seit gestern wesentlich kleiner geworden, was die Ausbildung von Gewittern begünstigt wird. Voraussage: Weist wolfig, zeitweise schwül, Gewitter.

**Wasserstände:** Waldshut 339 minus 9, Basel 145 minus 12, Schutterinsel 215 minus 10, Nehl 353 minus 12, Maxau 544 plus 7, Mannheim 433 plus 17, Caus über 200 Zentimeter.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**bid. Mannheim, 31. Mai.** Am Dienstag fanden die **Wahl** an der hiesigen Handelshochschule statt. Die Zahlen, die zum Vergleich des Wahlergebnisses herangezogen werden, stammen von der Wahl im Februar 1931 und sind in Klammern beigefügt. Abgestimmt haben von 480 (594) Wahlberechtigten 376, somit 77 Prozent (64 Prozent); Stimmen erhielten: Hochschulbund 74 (83) = 2 (2) Sitze, Nationale Einheitsliste 0 (49) = 0 (1) Sitze, Arbeitsgemeinschaft katholischer Studierender 87 (85) = 3 (3) Sitze, Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund 151 (134) = 5 (5) Sitze, Republikaner 61 (46) = 2 (1) Sitze.

**bid. Offenburg, 1. Juni.** Im Offenburger Arztprozess hat Rechtsanwalt Zimmermann, der Verteidiger des Angeklagten Dr. West, seinem Klienten das Mandat gekündigt und die Verteidigung niedergelegt. Die letzten Verhandlungstage haben für Dr. West und die anderen Angeklagten neben günstigen auch unglückliche Ergebnisse gebracht, so in einem Falle, in dem eine gesunde Frau lediglich deshalb sterilisiert wurde, weil ihr Mann und sie keine Kinder mehr wollten. In der heutigen Verhandlung mußte eine halbstündige Pause eingelegt werden, da der Erste Staatsanwalt Bieler infolge Erschöpfung der Verhandlung nicht mehr folgen konnte. Die Beweisaufnahme soll am heutigen Mittwoch zu Ende geführt, die Verhandlungen dann aber bis zur Wiedererholung des Staatsanwaltes Bieler unterbrochen werden. Man glaubt, daß der Prozess am Samstag weitergeführt werden kann.

**bid. Gengenbach, 31. Mai.** Der in Gengenbach im Ruhestand lebende Stadtpfarrer Garlein, kann am 2. Juni in geistiger Frische und körperlicher Mithigkeit seinen 95. Geburtstag feiern. Am 5. August kann er, so Gott will, sein 75jähriges Priesterjubiläum feiern. Der Jubilar ist der älteste Geistliche der Erzdiözese Freiburg.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

	1. Juni		31. Mai	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	170.78	171.12	170.78	171.12
Kopenhagen 100 Kr.	84.72	84.88	84.91	85.09
Italien . . . 100 L.	21.62	21.66	21.62	21.66
London . . . 1 Pfd.	15.46	15.52	15.54	15.58
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.61	16.65	16.61	16.65
Schweiz . . . 100 Fr.	82.39	82.55	82.39	82.55
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

**Rückgang der Konfurre und Vergleichsverfahren im Mai.** Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Mai 1932 durch den Reichsanzeiger 739 neue Konkurse ohne die wegen Massenmangels abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung und 627 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 929 bzw. 742.

**Enzinger-Union AG, Mannheim.** Im abgelaufenen Geschäftsjahr war der Umsatz weiter rückgängig, desgleichen die vollkommen ungenügenden Preise. Während der Betrieb Ballau befriedigend beschäftigt war, wurden die Maschinenfabriken in Mannheim geschlossen und die Fabrikation auf Feddersheim vereinigt, wo sich seit 1. Januar 1932 auch die Verwaltung befindet. Jinsen und Distont brachten 199 879 (147 610) RM, der Bruttoüberschuß betrug 1 213 898 (1 870 047) Reichsmark. Nach Abzug der Generalunkosten mit 758 095 RM, der Steuern mit 305 112 (i. B. Steuern 346 803 RM, Generalunkosten insgesamt 1 302 662 RM), sowie nach 259 682 (225 930) Reichsmark Abschreibungen (i. B. außerdem 100 000 RM Sonderabschreibungen) ergibt sich bei Zuweisung von 12 094 (—) Reichsmark an die Reserve ein Reingewinn von 223 849 (432 748) Reichsmark inkl. 45 560 (67 885) RM Vortrag. Der auf dem 2. Juni angeordnete Generalversammlung wird vorgelegt, eine Dividende von 4 Prozent (gegen 7 Prozent i. B.) auf 4,7 (5,2) Millionen Reichsmark unlaufendes Kapital auszuscheiden, 4179 (23 186) RM für Tantieme in Anspruch zu nehmen und den Rest von 31 170 (45 589) RM vorzutragen. Weiter wird vorgelegt, um das Grundkapital dem verkleinerten Geschäftsumfang auch weiterhin besser anzupassen, noch 500 000 RM Aktien einzuziehen.

**Portlandzementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart.** Die am Dienstag in Heidelberg abgehaltene ordentliche Generalversammlung genehmigte die Regularien. Von dem zur Verfügung stehenden Betrag von 1 008 348 RM werden 4. v. S. Dividende auf ein Aktienkapital von 22 283 400 Reichsmark verteilt. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, daß der Absatz im laufenden Jahr immer noch eine rückläufige Bewegung zeige. Bis Ende Mai seien 65 v. S. des Absatzes in der gleichen Zeit des Vorjahres erreicht worden. In Holland herrsche harter Konkurrenzkampf, so daß die dortigen Erlöse jetzt gerade noch die Herstellungskosten decken. Die Werte Bremen und Nürnberg sind in den letzten Tagen wieder in Betrieb genommen worden. Zum Bilanzstichtag wurde erklärt, daß die Gesellschaft nach wie vor flüssig sei.

**Hofheimer Bankverein.** Dem Bericht des Vorstandes entnehmen wir: Das Jahr 1931 war ein Krisenjahr allerersten Ordnung, welches alle Befürchtungen bei weitem übertrafen hat. Der Umsatzrückgang kam in einer erheblichen Sämlerung des Gewinnüberschusses zum Ausdruck. Die erforderlichen Abschreibungen auf Darlehen bewegten sich in normalen Grenzen. Der Reingewinn, welcher nach Abnahme aller erforderlichen Abschreibungen verbleibt, beträgt 22 679 RM. Wir schlagen vor, davon 4 Prozent Dividende auf 500 000 RM Aktienkapital, gleich 20 000 RM, zu verteilen, und den Rest mit 2679 RM auf neue Rechnung vorzutragen. Die Bilanz schließt mit 2 530 000 RM ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit 167 000 RM ab.

**Noratorium für die schwedische Zündholzgesellschaft.** In einem außerordentlichen Kronrat in Stockholm wurde heute, Mittwoch, beschlossen, der schwedischen Zündholzgesellschaft ein Noratorium bis Ende August 1932 zu gewähren. Während dieser Zeit soll die Gesellschaft von drei Administratoren vermarktet werden.

**Ab heute** und die folgenden Tage  
**Spezialtage**  
Besonders günstige Unter-Preis-Einkäufe ermöglichen mir den Verkauf großer Mengen neuester  
**Kleider und Mäntel nur guter und bester Qualitätswaren** zu derart niedrigen Preisen, die Sie überraschen werden  
Während dieser Verkaufstage auch extra billige Angebote in neuen  
**Wasch- u. Druckstoffen**

**Speisen Sie**  
in der Reform-Gaststätte „Ceres“  
nur Kaisersstr. 56, 1 Treppe, Nähe Marktplatz  
**Täglich frischen Spargel** in verschiedenartigster feinsten Zubereitung.  
MENÜS: 3 Gänge — 60,— 80,— und 1.— RM. Speisen nach der Karte sofort zu haben zu mäßigen Preisen. Ermäßigungen für alle Spisen und Getränke.  
Inhaber: R. Kirsten

der Angebote hierher bis 13. Juni 1932, 10 Uhr, verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift: Angebot auf Stühlmauer am Gleis 23 km 3,47-3,58 in Mannheim. Zuschlagsfrist 3 Wochen.  
31. 5. 32. Reichsbahn-Bauamt Heidelberg. R. 983

**Badisches Landestheater**  
Donnerstag, 2. Juni 1932  
\* D 30 (Donnerstagmiete) H.-Gem. 101—200  
**Hoffmanns Erzählungen**  
Von Offenbach  
Dirigent: Krips  
Regie: Dr. Baag

**Bezirksparkasse Schönau i. Schw.**  
Bilanz per 31. Dezember 1931

Forderungen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	12 664,78	1. Spareinlagen	1 460 808,62
2. Guthaben bei den Landesbanken, Banken und Postsparkassien	201 974,65	2. Aufwertungseinlagen	365 922,95
3. Wechsel	21 775,44	3. Giroeinlagen	131 007,19
4. Kontokorrentkredite	253 258,56	4. Kontoforrentkreditoren	4 379,91
5. Feste Hypothekendarlehen	1 071,67	5. Anleihenkapitalien (Anschaffungskredit)	14 425,15
6. Gemeindepfandbriefe	837 059,60	6. Rücklagen:	
7. Schuldscheinanleihen (Bürgschaft)	309 166,35	Reservefonds per Ende 1930	138 386,52
8. Einlage beim Spar- und Giroverband	67 387,28	Reingewinn 1931	24 313,29
9. Kapitalanlagen aus Sonderkreditmitteln	38 900,—		
10. Einnahmerückstände	14 458,12		
11. Betriebskosten	47 939,51		
12. Aufwertungsforderungen	118,25		
13. Veräußerungen	353 468,42		
	1,—		
	2 159 243,63		2 159 243,63

**Berechnung der Rücklage:**  
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
6% aus 1 982 118,— RM = 118 927,11 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 162 699,81 RM  
Mitinüberschuß . . . . . 43 772,70 RM  
Schönau-Schwarzwald, den 30. März 1932. R. 990  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Walter, Bürgermeister. Der Geschäftsleiter: Seger.

**Wir werben für Sie!**

# Badische Kultur und Geschichte

Nr. 22

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 125

1. Juni 1932

## Zum 100. Jahrestag des Hambacher Festes

(27. Mai 1832)

II. (Schluß).

### 2. Der Verlauf des Festes. Kampf und Niederlage

Aus allen Teilen Deutschlands zollten „patriotische“ Männer den Bürgern von Neustadt Dank für die Veranstaltung und Übernahme des Festes. Doch ein Verbot der Münchener Regierung schien alle Hoffnungen zu vereiteln. Aber in den Bewohnern des Landes stand der Entschluß fest, die Regierung in die Schranken des Gesetzes zurückzuweisen und sich das Recht zu wahren zur Veranstaltung einer friedlichen Versammlung. Während dieser Verhandlungen zwischen Regierung und Führern erschien ein Ausschreiben für die Lieferung von Lebensmitteln für 2500 Mann Soldaten, die in den Tagen des Festes um Hambach einquartiert werden sollten. Niemand meldete sich, trotzdem dabei ein gut Stück Geld hätte verdient werden können. In der Zwischenzeit zog die Regierung das Verbot zurück.

Das Hambacher Schloß ist eine alte Burgruine im Gaardtgebirge, eine Stunde von Neustadt entfernt und trug früher den Namen Kästenburg. Den Bischöfen von Speyer gehörig, bot sie diesen in kriegerischen Zeiten einen festen Stützpunkt. Im Jahre 1525 waren die Bauern mit der Bundschuhfahne vor dem Schloß erschienen und begannen es zu stürmen. Der Wein, den sie vorfanden, schmeckte ihnen so gut, daß sie es sich acht Tage gut schmecken ließen. Dann brannten sie das Schloß nieder; nach ihrer Niederlage bei Peddersheim wurden sie gezwungen, die Burg wieder aufzubauen. Doch der Dreißigjährige Krieg und die französischen Raubzüge legten sie wieder in Trümmer, und kein Mensch kümmerte sich darum, bis kurz vor dem Feste einige Neustädter Bürger die Schloßruine als Eigentum erwarben.

Für das Fest selbst hatten die Neustädter gut gesorgt. Eine besondere Sicherheitsmannschaft führte den Sicherheitsdienst in strenger Weise durch, so daß keiner von der Regierung erwarteten Ereignisse zu befürchten war. Die Wege zur Höhe waren verbreitert, die Höhe selbst zur Aufnahme großer Menschenmassen hergestellt worden. Die meisten „Patrioten“ trafen schon am Samstag, den 26. Mai, in Neustadt ein. Von Viertelstunde zu Viertelstunde langten neue Teilnehmer an, die meisten auf offenen, mit Eichenlaub bekränzten Wagen, auf denen die deutsche Fahne wehte.

Am Abend wurde die Eröffnung des Festes durch das Geläute aller Glocken und durch mehrstündiges Abfeuern der Geschütze angekündigt; auf den Höhen der Berge loderten Freudenfeuer. Schon in der Frühe des nächsten Tages wimmelte der Berg von Menschen. Ein Festbericht sagt: „Kardenduben hielten ihre Rede den Anstürmenden mit dem Rufe „es lebe die Freiheit!“ entgegen. Von der Höhe sieht man den großen Zug nahen. Voraus die Bürgergarde mit Musik, dann Frauen und Jungfrauen mit der polnischen Fahne, eine Abteilung Festordner mit der deutschen Fahne und der Inschrift „Deutschlands Wiedergeburt“, der ganze Landrat Rheinbayerns, Deputationen aus allen deutschen Staaten und Städten, und die große Menge Volkes aus der Pfalz, Hessen, Baden und Preußen.“

Ernst Moritz Arndts wichtiges Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland!“ eröffnete die Feier. Auf den Festtag selbst waren mehrere Lieder im Druck erschienen, davon eines von dem Führer der freiheitlichen Bewegung, Siebenpfeiffer. Es beginnt:

Hinauf, Patrioten, zum Schloß, zum Schloß!  
Hochflattern die deutschen Farben:  
Es keimt die Saat, und die Hoffnung ist groß,  
Schon binden im Geist wir Garben.  
Es reifet die Ähre mit goldenem Rand,  
Und die goldne Ernt' ist das — Vaterland.

Ein anderes Gedicht, in der Sprache Theodor Körners, gibt den ganzen Inhalt der Ziele der Fortschrittsmänner wieder. Der Schluß dieser in schöner Form gegebenen Dichtung lautet:

Freudig für die Freiheit leben,  
Für sie sterben sei der Schwur!  
Nicht wie Könige sie geben,  
Volle Freiheit rettet nur.  
Daß kein Fürstentum bedöre  
Folgt des Vaterlands Gebot:  
Jeder deutsche Mann, er schwöre,  
Schwöre: Freiheit oder Tod!

Neben der deutschen Flagge auf der Höhe wehte die polnische. Die Polen, kurz vorher von den Russen besiegte, wanderten in Scharen aus, wurden überall gepflegt und galten als Märtyrer der Freiheit. An verschiedenen Plätzen sprachen die Führer zu dem Volk; am meisten umlagert waren die Rednerpulte von Wirth und Siebenpfeiffer. Alle Reden gipfelten in der Forderung: „Deutschlands Wiedergeburt.“ Die Redner legten die Ziele der Bestrebungen dar, griffen zurück auf die For-

derungen der letzten Jahrzehnte und forderten den Zusammenschluß aller deutschen, freiheitlich gesinnten Männer. Der Hinweis auf die Raubheit mancher Städte verdient hier angeführt zu werden. Siebenpfeiffer sagt: „Dort Karlsruhe. — Karlsruhe? Was kannst du weiter von der volkreichen, glänzenden Stadt rühmen, die sich glücklich schätzt, der Schemel üppiger Höflinge zu sein und von den Brocken ihrer Tafel sich zu nähren? — Das reinliche Mannheim, welches, zwischen Hof- und Bürgerum schwebend, des Lebens Ziel und Preis in der Oper findet? — Heidelberg, der altehrwürdige Musensitz; aber manche der Fackelträger stellen das Licht unter den Scheffel, und mehr als den Museen opfert man dem Mammon und der Eitelkeit, die sich mit Orden bläht und Hoffiteln.“

Die Reden füllten ein ganzes Buch und haben manchen, der bisher dem politischen Leben fern stand, für die Sache des Vaterlandes gewonnen. Der Aufrüttelung der Geister folgte die Durchführung der Organisation zur Umfassung aller gleichgesinnten Deutschen, und es schien, als stünde man am Vorabend einer großen, neuen Freiheitsbewegung.

Aber die Regierung in München, von allen Vorkommnissen, Reden usw. aufs genaueste unterrichtet, rüstete im Stillen zur Unterdrückung der freiheitlichen Regungen. Darin wurde sie unterstützt von den gegnerischen Blättern, von denen eines schrieb:

Ausländer, Fremde sind es meist,  
Die unter uns gefäß den Geist  
Der Rebellion. Vergleichen Sünder  
Gottlob! — sind selten Landesfinder.

Von der preussischen und österreichischen Regierung regnete es auf Bayern Vorwürfe, daß man die Abhaltung eines solchen „von Gassenbuben“, „Straßenjünglingen“ und „heimatlosen Individuen“ veranstalteten Festes überhaupt geduldet habe. Der Bundestag stellte die „Nüchternen“, d. h. die Redner, die Führer usw., unter Polizeiaufsicht, und als deswegen scharfe Worte fielen, griff man zur Verhaftung und zu Gewaltmaßnahmen durch Militär. Die Häuser der Liberalen in Neustadt und Umgegend wurden mit „Strafbayern“ belegt, die die Einwohner bis aufs Blut quälten, da ihnen von ihren Oberen alles zugelassen wurde. Wer einen sogenannten „Hambacher Bart“ trug, weißen Hut, weißen Rock — das Erkennungszeichen der „Patrioten“ — ward besonders aufs Korn genommen. Taschenrechner, Schürzen und Pfeifenköpfe mit Bildern vom Hambacher Fest wirkten aufreizend auf die Truppen. Maßregelungen von Beamten waren an der Tagesordnung, die Buchhandlungen kamen unter Aufsicht, und ein besonderes Gericht befaßte sich mit den Untersuchungen der Anklagen. Es war vorauszu sehen, daß über kurz oder lang in Neustadt, Hambach und anderen Orten zwischen der bedrängten Bürgerschaft und der übermühten Soldateska Feindseligkeiten ausbrechen würden. Es gab Verwundete und Tote, als der Jahrestag des Hambacher Festes kam. Gegen Wirth, Siebenpfeiffer, Schiller u. a. m. als Führer und Herausgeber von Druckschriften wurde Anklage erhoben, und das Gericht arbeitete mit großer Strenge. Über viele Angeklagte wurden Geld-, Gefängnis-, ja sogar Zuchthausstrafen ausgesprochen; wie viele hatten sich durch rechtzeitige Flucht dem Arm des Gesetzes entzogen. Viele überzeugte Freiheitskämpfer kehrten dem Heimatland den Rücken und wanderten aus. Als das Jahr 1835 gekommen war, war Ruhe im Lande, und zehn Jahre später legten die braven Pfälzer das Hambacher Schloß, zu dem seit dem Freiheitsfeste Laufende aus ganz Deutschland gewallfahrtet waren, dem Kronprinzen Maximilian von Bayern als Hochzeitsgeschenk in ehrwürdiger Untertänigkeit zu Füßen. Der Name des Schlosses der Freiheit ward in „Maxburg“ umgetauft und ein Patriot ließ sich dazu hören:

Freunde, füllt mit Pfälzer Weine  
Euer Glas bis oben an,  
Weißt's im klingenden Vereine  
Unsern Maximilian!

So endete das Hambacher Fest, auf das man so große Hoffnungen gesetzt hatte. Die Reaktion hatte geiegt. Der Kampf waren zu wenige gewesen. Der alte Zustand blieb: Deutschland war eine nur lose verbundene Masse von einzelnen Staaten, ohne ein straffes, sie einigendes Band, ohnmächtig nach außen, unfrei im Innern, gefesselt an den starren Begriff „fürstliche Souveränität“ und an den beherrschenden Einfluß der ebenso einheits- wie freiheitsfeindlichen Metternichschen Politik. B. S i g m u n d.

Das Neue Schloß in Baden-Baden, das jetzt der Öffentlichkeit zur Besichtigung frei gegeben ist, enthält eine höchst sehenswerte Sammlung von Kunstgegenständen, welche im Laufe der Jahrhunderte von der hiesigen Familie gesammelt worden ist. Die Sammlung enthält Gemälde von Herrschern aller Länder der Erde, antike Möbel, Gobelins, Gemälde, Bronzen, Porzellan usw. Auch die Räume, die einst von der Königin von Schweden während der Dauer ihres Aufenthalts in Baden-Baden bewohnt worden sind, werden gezeigt. Auch sie enthalten wertvolle Sammlungen von Gemälden und Kunstgegenständen.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

## Eduard Heyd 70 Jahre alt

Am 30. Mai vollendete der deutsche Forscher und Schriftsteller Professor Dr. Eduard Heyd sein 70. Lebensjahr. In Doberan in Mecklenburg geboren, wuchs Heyd in einer Gegend unseres Vaterlandes auf, in der sich deutsche Landschaft und deutsches Wesen innig miteinander verbinden und in leicht empfänglichen Geistern lebendige Wirkungen hervorbringen vermögen. Ein solcher Geist ist Heyd, dem in seiner Heimat das alte niederdeutsche gotische Baudentum des Zisterzienser Klosters die erste Liebe zur deutschen Kunst und ihrer Geschichte einpflanzte. Nach bestandem Abitur zieht es Heyd, nach kurzen Aufenthalten in Leipzig, nach Süddeutschland in uraltes deutsches Kulturgebiet, wo er für immer sich niederläßt. Erfüllt von burghenschafflichen Gedanken, trägt er in der Universitätsstadt Heidelberg den roten Stirmer der Heidelberger Franken. Vergleichende Sprachwissenschaft, Germanistik und Geschichte, ziehen den jungen Studenten in gleicher Weise an. Nach Erreichung des Doktorhutes summa cum laude, habilitiert sich der junge Geschichtsforscher Heyd 1886 an der badischen Schwesteruniversität Freiburg. 1892 kehrt er als Extraordinarius nach Heidelberg zurück. Wenige Jahre später wird er fürstlich Fürstbergischer Bibliothekar und Archivar in Donaueschingen. Bald konnte Heyd seiner Stellung entsagen und als Privatgelehrter und Freischaffender sein künftiges Leben gestalten. Jetzt wurde er durch seine zahlreichen großen Neben, die getragen waren von einem männlich stolzen deutschen Geist, in ganz Deutschland bekannt. Seit 1909 lebt Heyd als Privatgelehrter und Schriftsteller in Ermatingen in der Schweiz, am Bodensee, gegenüber der badischen Insel Reichenau. Sein Entschluß, in der Schweiz sich anzusiedeln, hängt eng damit zusammen, daß er schon als Neunundzwanzigjähriger zum Mitglied der berühmten „Allgemeinen geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz“ ernannt wurde.

Heyds historisches Schaffen wird gekennzeichnet durch die beiden Werke „Geschichte der Herzöge von Zähringen“ und „Deutsche Geschichte — Volk, Staat, Kultur und geistiges Leben“, sowie durch seine gemeinsam mit Paul Scheffer, Hermann Giese und Marie Diers verfaßte und von ihm herausgegebene „Deutsche Kultur“. Aus der Fülle seines literarischen Schaffens seien noch drei Werke genannt, in denen man ebenso sehr den feinen Sprachkünstler, wie den weltweiten Kenner menschlichen Lebens bewundern kann: „Gaja, Sinn und Sitte des Raiven in Vierjahrtausenden“ und „Das Ende der Plündermonde des Hei-Go“. Auch in dem Werke „Höhenfeuer“, einer Sammlung deutscher Dichtkunst von unübertroffenem Wert und in den von ihm herausgegebenen „Briefen einer Heidelberger Burschenschaft 1914/18“ offenbart sich die laute deutsche Gesinnung eines hochherzigen Patrioten. Die letztgenannten Werke sind übrigens erschienen in dem Verlag von Moritz Schauenburg in Lahr, mit dem der Verfasser noch in anderer Hinsicht erlangte Verbundenheit ist. Wahrhafte Vollständigkeit erlangte Heyd erst durch Erfüllung der Aufgabe, von der er immer wieder bekannte, daß sie ihm die meist befriedigende und beglückende gewesen sei: 1893 übernahm er nämlich die Herausgabe des im Verlag von Schauenburg in Lahr seit 1843 erscheinenden sog. Lahrer „Allgemeinen deutschen Kommerzbuches“. Heyd hat aus dem 1893 schon weit verbreiteten Kommerzbuch schließlich das heutige Kommerzbuch gemacht. Nicht weniger als 450 000 Kommerzbücher sind seit der Zeit, seit der Heyd für das Kommerzbuch verantwortlich ist, in die Hände der deutschen akademischen Jugend gelangt.

Seit 40 Jahren arbeitet Heyd an diesem Werk. Mit Liebe und Sachverstand hat er es ergänzt, vermehrt und verjüngt. Er hat das Werk auf eine textliche und mußikalische Höhe gebracht, wie sie kein ähnliches Werk sonst auf der Welt besitzt. Wenn Heyd nichts weiter geschaffen haben würde, als sein „Kommerzbuch“, so würde er heute nicht minder gefeiert werden, von allen alten und jungen Akademikern der deutschen Kulturgesellschaft.

Schilling, Helmut: Der Franzose im deutschen Drama. (Verlag Paul Haupt, Bern und Leipzig 1931.) — Die Schrift versucht, wie ihr Autor selbst sagt, im Spiegel der Literatur eine Rekonstruktion des französischen Menschen, so er vom Durchschnittsdeutschen geschaut wurde. Sie weicht also, obgleich natürlich das Verzeichnis auch so ziemlich alle Werke, in denen Franzosen auftreten, aufzählt, von der bisher üblichen, mehr oder minder rein historischen Darstellung des Themas wesentlich ab und will vorwiegend ein Typisches festlegen. Dementsprechend berichtet schon die Kapitelteilung ganz auf eine Scheidung nach Jahrhunderten und Stilen etwa, sondern bringt dafür Abschnitte über „Nation und Nationalgefühl der Franzosen“, über deren Tragik, Komik, Sprache usw., alles Probleme, die tiefer an die Urkräfte rühren, die da in tausendfacher Variation miteinander ringen und die starke Gegensätzlichkeit der beiderseitigen Anschauung aufzeigen. Man kann daher dem Buch, auch wenn es die letzte Kritik daran dem Leser überläßt, einige befriedigende Gedankenansätze nicht abspreden und kaum leugnen, daß es über jedwede Zeitgebundenheit hinweg zu einer allgemein charakteristischen Beurteilung kommt. Gerade Leuten aber, die ihre Auffassung des Franzosen meist nur von dessen auf unserer Bühne traditionellen dramatischen Gestalt abzuheben pflegen, könnte darob seine Kritik recht wertvoll werden und sie zumindest zu der Einsicht belehren, daß Sein und Schein doch auch auf diesem Gebiet zwei sehr verschiedene Dinge sind. S. S. G.